

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. wöchentlich 10 Rpf. Wochensatz 1,00 RM. Wochensatz für Wilsdruff u. Umgegend 75 Rpf. Wochensatz für andere Bezugsstellen 85 Rpf. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises. — Wochensatz eingekaufte Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Stammzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Reklamazeile im täglichen Blatt 1 Reichsmark. Nachdruckgebühren 20 Reichspfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 292 — 89. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Anteblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2840 Dienstag, den 16. Dezember 1930

## Dunkle Schatten.

Heute ist Spanien durchaus nicht mehr, wie Mephistopheles im „Faust“ sagt, „das schöne Land des Weins und der Gefänge“, sondern seit dem Rücktritt des früheren Diktators Primo de Rivera durchbrechen die revolutionären, antimonarchischen Strömungen immer wieder die Oberfläche. Ausgedehnte, langdauernde Streiks, nicht selten auch revolutionäre Erhebungen in der Armee selbst bringen den Boden, auf dem der König und eine kaum verhüllte Diktatur stehen, immer von neuem zum Erzittern und die Schiffe, mit denen einzelne Führer der Revolutionäre hingeküchelt werden, sind nicht bloß eine Art Klarmusikal, sondern sie scheinen kaum eine abschreckende Wirkung auszuüben. Geradezu dramatisch muten die Schilderungen an, wie jetzt wieder in der nordspanischen Provinz Galicien ein solcher Militärputsch ausbrach und durch regierungstreue Truppen niedergeschlagen wurde. Aber es sind nicht bloß Teile der Armee, die hier revoltieren, sondern es ist neben der Arbeiterschaft auch die studierende Jugend, die sich seit langem an den Revolutionen beteiligt. Was man zunächst erzwingen will, ist ja nichts anderes als freie Wahlen zur Volksvertretung, die schon vor mehr als sieben Jahren von dem Diktator Primo nach Hause geschickt und seitdem nicht wieder zusammenberufen worden ist. Wohl nicht ganz mit Unrecht befürchtet man, daß bei den nun festgesetzten, wenigstens vorläufig versprochenen Neuwahlen die Regierung einen entsprechenden Druck ausüben will, um einen gefügigen „Kongress“ wählen zu lassen. Der jetzt vierundzwanzigjährige König Alfonso scheint aber letzten Endes selbst bedroht zu sein. Allerdings steht er dem Treiben der „Offiziersjuntas“ offenbar ziemlich hilflos gegenüber, hat sich übrigens auch die Diktatur Primo 1923 durch eine Offiziersrebellion ebenso abwürgen lassen wie die seitherige Ausschaltung des Parlaments. Sofort, als Primo juridgetreten war und der Druck der Diktatur wenn auch nicht aufgehoben, so doch gemildert wurde, sind die Rufe nach Abschaffung des Königtums und Einführung einer Republik laut geworden und mußten durch militärisches Zwangsmaßnahme gewaltsam gedämpft werden. Eine weit offen stehende, nahegelegene Justizinstanz hatten die politischen Flüchtlinge immer an Frankreich und es ist wohl durchaus zurecht, wenn die spanische Regierung behauptet, daß die Aufständischen in den spanischen Nordprovinzen auch über die französische Grenze mit Waffen versorgt werden; das wäre nicht zum erstenmal geschehen! In spanische Stiefel eingeschmückt, wie auch Mephistopheles einmal sagt, ist freilich das meiste, was an Nachrichten heute aus Spanien herausgelassen wird.

Wenn nachher, in Frankreich, trübselt es auch trotz Bildung des neuen Ministeriums munter weiter. Der Senator Steeg, dem es gelungen ist, ein Kabinett zusammenzubringen, steht erst noch vor der Feuertaube der parlamentarischen Abstimmung. Er tat einen Schritt nach links, fügt sich hauptsächlich auf die größte Partei der Kammer, auf die Radikalsocialisten, ohne aber eine klare Mehrheit zu besitzen. Die „Affäre Oustric“ schwebt als dunkler Schatten über den brodelnden politischen Gewässern und der Vorsitz in dem parlamentarischen Ausschuss, der diese Affäre mit der Überschrift „Politik und Geschäft“ zu untersuchen hat, liegt in den Händen Marins, des Führers einer rechtsradikalen Gruppe und damit der Opposition überhaupt. Auch Tardieu, der Geschäftsmann und seinen Sturz führte die demokratisch-radikalsocialistische Mehrheit des Senats herbei — ist erbitterter Gegner des neuen Kabinetts, obwohl zu diesem sogar mehrere seiner bisherigen politischen Freunde gehören. Aber sie werden von der Rechten als „Verräter“ und „Überläufer“ beschimpft, und es ist sehr fraglich, ob sie genügend parlamentarische Helfer mitbringen, um die neue Regierung jene Feuertaube bestehen zu lassen. Briand, der Unverwundliche, hat auch diesen Kabinettswechsel überstanden, bleibt Außenminister und scheint sich vernünftigerweise übermäßig nach Tardieu zurück. Im übrigen rückt er sich im Kabinett wieder mit dem jetzigen Handelsminister Loucheur, dem bekannten Großindustriellen, der allerdings zusammen mit Briand 1922 dem Ansturm Poincarés weichen mußte, — um sich ein Jahr später aber mit ihm wieder zu vertragen! Parlamentarisch-politische Krisen in Frankreich haben nämlich ein eigenartiges Gesicht, das vor allem sehr „persönliche“ Züge trägt.

## Dr. Curtius in Ostpreußen.

Vor dem Besuch des Reichsaußenministers Reichsaußenminister Dr. Curtius wird in Königsberg mit den Vertretern der Provinz Ostpreußen persönlich in Fühlung über die dringlichsten schwebenden Ostfragen treten. Zu seiner Begleitung befinden sich der Referent der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Trautmann, sowie der Referent der Osthilfe im Reichsinnenministerium, Ministerialrat Wachsmann, und der persönliche Referent des Ministers, Legationsrat Reinebeck. Dr. Curtius hat für die nächste Zeit noch eine Reise zu seiner persönlichen Unterrichtung nach Oberschlesien in Aussicht genommen.

## Belagerungszustand in ganz Spanien

### Die Ausrufung des Generalstreiks.

Die politische Bewegung in Spanien scheint trotz der von der Regierung gemeldeten Niederschlagung des Militärputsches von Jaca und der Erschießung der hauptsächlichsten Offiziere den Höhepunkt keineswegs überschritten zu haben. Der Ausrufung des Generalstreiks in Saragossa schlossen sich die Städte Santander, Bilbao, Valencia, San Sebastian, Sevilla, Cadix, Barcelona und noch einige andere an. Der Belagerungszustand ist über das ganze Land verhängt worden. Militärflugzeuge überflogen die Stadt Madrid und warfen über allen Kaffee- und wichtigen Plätzen gedruckte Proklamationen ab, nach denen in ganz Spanien die Revolution ausgebrochen sein soll. Der abgeworfene Aufruf schließt mit den Worten: „Es lebe Spanien, es lebe die Republik!“

Im übrigen heißt es in den Proklamationen: In ganz Spanien ist die so lange erwartete republikanische Bewegung ausgebrochen, erwünscht von allen, die Gerechtigkeit ersehnen. Volk und Heer haben vereint die Bewegung durchgeführt. Die Nachrichten, die man von der schon eingetretenen republikanischen Regierung erhält, bestätigen den Erfolg, wie er zu erwarten war. Alle müssen sich der Bewegung anschließen, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Tut ihr das, verdient ihr den Dank des Vaterlandes und verhilft, daß unschuldige Opfer fallen. Wenn auch aber eure Schwäche und Abhängigkeit zum Widerstand gegen einen nationalen Willen veranlaßt, so werdet ihr die ersten Opfer sein.“

### Ist die Regierung gefährdet?

Der Generalstreik allein kann die Regierung nicht gefährden, da die Arbeiter zum größten Teil ohne Waffen sind. Gefährlicher kann das meuternde Militär werden, das sich nach den Madrider Meldungen sogar im Besitz von Flugzeugen befindet. Anscheinend hat der Abschluß der Revolte bei Jaca in Nordspanien, deren Ende die standrechtliche Erschießung der führenden Offiziere durch Regierungstruppen bildet, den Auftakt für eine neue Welle von Erregung abgegeben.

Von großer Bedeutung ist die Frage, ob es gelingt, den Eisenbahnverkehr stillzulegen. Die Revolutionäre hoffen, daß sich ihnen das Personal von Post und Telegraphie in der Hauptsache anschließen wird. Von dem Aufstand in Jaca hat die Regierung anscheinend vorher überhaupt nichts gewußt. Die Polizei hat vollkommen versagt. Wie eigentlich der Vorstoß auf Huesca gescheitert ist, läßt sich noch nicht feststellen. Behauptet wird, daß die Regierung ihre Verluste verschweige, weil sie den schlechten Eindruck auf die übrigen ihr ergebenden Truppen fürchte. Offenbar ist lange und erbittert gekämpft worden, ehe die Aufständischen von Jaca geschlagen werden konnten.

### Marokkotruppen werden nach Madrid gebracht.

Weitere Verhaftungen. In Gibraltar ist eine größere Anzahl von flüchtigen spanischen Republikanern eingetroffen. Sie berichteten, daß die Zivilgarde in allen spanischen Städten in der Nähe von Gibraltar republikanische Führer verhaftet habe. Die Madrider Regierung hat eine Abteilung Zivilgarde aus Marokko nach Spanien beordert. In Gibraltar verhielt, daß die spanische Regierung auch die Absicht habe, Truppen der Fremdenlegion nach Spanien zu verschieben.

Die Artilleristen hätten jedoch droht, jedes Schiff zu beschließen, das mit Truppen an Bord den Hafen verlassen sollte.

Im Laufe des Tages teilte die Zeitung des Gibraltar Telephonbundes mit, daß die Telephonverbindung mit Spanien unterbrochen sei. Es liegen keine Nachrichten vor, wann die Verbindung wiederhergestellt werde.

Zahlreiche Verhaftungen führender Republikaner wurden in Madrid vorgenommen.

Aus Hendaye von der spanischen Grenze wird mitgeteilt, daß die Spannung im ganzen Lande ungeheuer ist. Bisher sind mehr als zwanzig führende Mitglieder der Republikanischen Partei, darunter der ehemalige Minister Alcalá Zamora, der Sohn des früheren Ministerpräsidenten Miquel Maura, und Alvaro Albornoz verhaftet worden.

Aus Barcelona wird mitgeteilt, daß die Lage trotz aller Generalstreikberichte normal sei. Die Behörden hätten alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, aber bisher ergab sich keine Notwendigkeit zum Einsatz.

Auch die Telephonverbindungen zwischen Deutschland und Spanien sind gestört.

Am 15. wird mitgeteilt, daß die Flieger, die Flugzettel abgeworfen hatten, bei ihrer Landung von regierungstreuen Truppen gefangen genommen wurden.

Paris, 15. Dezember. Nach dem am Montagabend aus Spanien hier vorliegenden Meldungen ist der Belagerungszustand im ganzen Lande verhängt worden. Eisenbahnfahrten werden an Reisende nicht mehr verabsolgt. Die telephonischen und telegraphischen Verbindungen mit Nordspanien sind unterbrochen. In Barcelona soll der angekündigte Generalstreik mißlungen sein. Abgesehen von starken Polizeiaufgeboten biete die Stadt das übliche Bild. Von amtlicher spanischer Seite verlautet, daß die revolutionäre Bewegung, die am Montagmorgen in San Sebastian zum Ausbruch kam, innerhalb kurzer Zeit unterdrückt worden sei. Die Regierung betont in diesem Zusammenhang, daß die Aufstände in Jaca und San Sebastian rein örtlichen Charakter hätten. In Madrid selbst herrsche Ruhe.

### Niederwerfung der Aufstandsbewegung auf dem Militärflugplatz bei Madrid.

Paris, 15. Dezember. Wie sich jetzt herausstellt, hat der inzwischen im Flugzeug nach Portugal geflüchtete bekannte spanische Flieger Major Franco die Absicht gehabt, vom Militärflugplatz Cuatro Vientos aus eine Putschbewegung gegen die Madrider Regierung einzuleiten. Die Besatzung des Flugplatzes — insgesamt etwa 500 Mann, sowie mehrere Offiziere, darunter auch der Kommandant des Flugplatzes — hatten sich der Bewegung angeschlossen. Von Cuatro Vientos aus wurden — wie bekannt — mehrere Flugzeuge nach Madrid entsandt, die die Flugblätter, in denen zur Revolution aufgefordert wurde, abzuwerfen.

Die Madrider Regierung hatte jedoch sehr bald Mitteilung von den Vorkommnissen auf dem Flugplatz erhalten und schickte regierungstreue Truppen aus, die sofort das Artilleriefeuer auf die Flugplatzanlagen eröffneten. Schon nach kurzer Zeit ergaben sich die Aufständischen. Major Franco und die übrigen Offiziere flüchteten in vier Flugzeugen. Die Regierungstruppen fanden auf dem Flugplatz mehrere Flugzeuge vor, die mit Bomben beladen waren. Anscheinend sollten sie dazu dienen, die in den Flugblättern enthaltene Drohung eines Bombardements der Hauptstadt in die Tat umzusetzen. Ueber die Zahl der Opfer, die die Beschießung des Flugplatzes gefordert hat, ist noch nichts bekannt.

An der spanisch-französischen Grenze ist von der spanischen Grenzpolizei die Kontrolle verschärft worden, um eine Flucht der Aufständischen zu verhindern. Der Pyrenäenpass ist mit hohem Schnee bedeckt, sodaß eine Überquerung große Schwierigkeiten bereitet.

### Major Francos Flucht

Madrid, 16. Dezember. Die Regierung läßt durch die Madrider Blätter Sonderausgaben verbreiten, in denen über die Ereignisse am Montag eingehend berichtet wird. Von der Regierung wird besonders darauf hingewiesen, daß Anzeichen vorhanden seien, daß Major Franco der Führer der gescheiterten Aufstandsbewegung gewesen sei. Sicher sei, daß Franco am Montagmorgen Madrid überflogen habe. Während der Kapitulation der Besatzung des Flugplatzes Cuatro Vientos hätten Major Franco und General Queipo Del Lano ein Flugzeug bestiegen und seien nach privaten Meldungen entflohen. Eine Jagdstaffel habe die Verfolgung ausgenommen.

Am die Mittagszeit wurde der Belagerungszustand über Madrid verhängt. Der Bruder des Ministerpräsidenten, der Generalkapitän von Madrid, Federico Berenguer, hat das Oberkommando übernommen. Nach dem aus der Provinz vorliegenden Meldungen herrscht dort im allgemeinen Ruhe. Nur in San Sebastian wurde der Versuch gemacht, einen Aufstand anzuzettel. Mit Pistolen bewaffnete Republikaner drangen in das Zivilgouvernement ein und nahmen den Gouverneur gefangen. Es gelang aber bald, die Bewegung zu unterdrücken und den Gouverneur zu befreien.

### 51 englische Parlamentarier gegen die Polengreuel.

London, 15. Dezember. Auf Veranlassung der „Vereinigung für demokratische Kontrolle“ haben 51 englische Parlamentarier eine an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, gerichtete Petition sowie eine Erklärung an den Außenminister Henderson unterzeichnet. Beide Dokumente betreffen sich mit der Behandlung der Minderheiten in Polen. In der Petition wird auf die jüngsten Ereignisse in Ostgalizien hingewiesen, wo Strafexpeditionen in 700 ukrainische Dörfer geschickt worden seien, obwohl gegen die Mehrzahl der Anwohner keine Beschuldigungen terroristischer oder verfassungswidriger Handlungen vorlägen.

Hunderter von Männern, Frauen und Kindern seien gepeinigt und einige sogar getötet worden. Tausende seien ins Gefängnis geworfen und viele Bibliotheken, Klubs und Konjungenenossenschaftsläden geplündert und zerstört worden.

In der Erklärung an Henderson protestieren die Unterhausmitglieder gegen die Methoden der polnischen Regierung bei den letzten Wahlen für den polnischen Reichstag und den schlesischen Landtag. Nach Ausführung der von den Polen gegen die ukraini-